

VU-Motion mit «Black Box» verglichen

Einigen Abgeordneten war der Vorstoss zur Stärkung der Familienarbeit zu offen formuliert. Knapp wurde sie dennoch überwiesen.

Bettina Stahl-Frick

Michaela ist in einem 100-Prozent-Verhältnis bei ihrem Arbeitgeber angestellt. Ihre Lohnsumme: 5000 Franken brutto. Sie, wie auch ihr Arbeitgeber zahlen gemäss Gesetz in die betriebliche Vorsorge ein, so baut Michaela ihre zweite Vorsorge auf. Bis sie Mutter wird. Nach ihrem Mutterschaftsurlaub steigt sie wieder zu 50 Prozent ins Arbeitsleben ein und verdient noch 2500 Franken. Die anderen 50 Prozent verbringt sie mit Familienzeit und ist mit diesem Anteil vorsorgemässig nicht abgesichert.

Mit diesem Beispiel zeigte der FL-Abgeordnete Georg Kaufmann das Ziel der VU-Fraktion auf, das sie mit ihrer Motion verfolgt: Lücken in der Alters- und Risikoversorge zu schliessen, die nachweislich durch das Erbringen von unbezahlter Familien- und Erziehungsarbeit entstanden sind. Diese Lücken möchte auch Georg Kaufmann schliessen und bekundete im Rahmen der gestrigen Debatte: «Ich werde diese Motion überweisen.»

«Wir möchten am Ball bleiben»

Die VU knüpft mit ihrem Anliegen an das Postulat von November 2017 und die daraufhin ergangene Postulatsbeantwortung an. «Wir möchten mit unserer Motion am Ball bleiben», sagte Violanda Lanter, Abgeordnete der VU. Denn insbesondere Menschen ohne eigene zweite Säule seien einem hohen Armutsrisiko ausgesetzt. «Denn während die erste Säule einen

Berufsausstieg zugunsten der Familien- und Erziehungsarbeit durch sogenannte Erziehungsgutschriften abfedert und keine Beitragslücken entstehen, entfallen mit dem Lohn die Spar- und Risikoversicherungsbeiträge in der zweiten Säule.» Dies betreffe vor allem Personen, die zugunsten der Familie ihre Berufstätigkeit aufgeben oder einschränken. Dabei sollen Familien die Freiheit haben, ihr Familienmodell zu wählen, ohne gravierende Nachteile in Kauf nehmen zu müssen.

Die Motion bezüglich der Umsetzung des Auftrages sei bewusst offen formuliert: «Das Ziel ist klar, doch in der Gestaltung des Lösungsvorschlages soll die Regierung frei sein», so Violanda Lanter.

«Ich sehe den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr»

Anstoss für die Motion gab die Initiative der Wirtschaftskammer «Familie und Beruf», wie Christoph Wenaweser, VU, sagte. Mit der Initiative sollte eine Änderung bei der Finanzierung der Taggeldversicherung erreicht werden. Die geplante Neuregelung der Kita-Finanzierung hätte das Anliegen dann aber überladen und die Initiative «auf die Verliererstrasse gebracht.» Die Initiative habe nur auf die Familie und den Beruf abgezielt. «Im Zentrum sollte aber die Familie als Beruf stehen», so Wenaweser. «Dies schulden wir der Bevölkerung.»

Bevor nun aber neue Sozialleistungen geschaffen werden, möchte der FDP-Abgeordnete Elfried Hasler das bestehende System noch einmal überprü-



Die VU-Abgeordnete versuchte, die Motion im Parlament beliebt zu machen – schliesslich erhielt der Vorstoss ihrer Partei 14 Stimmen und wurde somit an die Regierung überwiesen. Bild: Daniel Schwendener

fen. Bekanntlich stecke ja der Teufel im Detail. Konkret wollte er beliebt machen, das Modell «Splitting in zweiter Säule» nochmals zu prüfen. Das heisst, dass auch bei der Pensionskasse das Vermögen auf beide Ehepartner aufgeteilt wird. Er kritisierte: Die Motion sei ihm zu offen formuliert und mutiere geradezu zu einer «Black Box».

Ähnlich äusserte sich auch Erich Hasler, NF-Abgeordneter: «Ich kenne mich schon gar nicht mehr aus, was Sache sein soll.» Er frage sich, ob im Rahmen dieser Motion nicht noch mehr Informationen bereitgestellt

hätten werden müssen. «Also ich sehe langsam den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr.»

Auch bei Ado Vogt, stellvertretender DU-Abgeordneter, wich im Laufe der Debatte «die anfängliche Begeisterung für die Motion grossen Zweifeln», wie er sagte.

«Ausgabenverhalten bereitet Bauchweh»

«Unbezahlte Familienarbeit vergleiche ich mit einer zweiten Arbeitsstelle», äusserte sich der FL-Abgeordnete Georg Kaufmann erneut in der Debatte um Traktandum 8. Der

Mann oder die Frau sei quasi der Arbeitnehmer, beziehungsweise die Arbeitnehmerin, der Staat fungiere in diesem Falle als Arbeitgeber. «Ich denke nicht, dass wir da von hundert Millionen Franken reden, es können ja zeitliche wie auch finanzielle Grenzen gesetzt werden.» Gedanken, die dem FDP-Abgeordneten Wendelin Lampert nicht zusagten: «Das Ausgabenverhalten, das der Landtag alleine heute an den Tag legt, macht mir Bauchweh», sagte er und fügte mit einem Augenzwinkern an: «Zum Glück hat Mauro Pedrazzini

keine Haare mehr, sonst hätte er diese spätestens heute verloren.» Nur Geld auszugeben, dies könne nicht gut gehen. «Zwar hat die Motion durchaus ihre Berechtigung, aber: (Ohne Moos nix los).»

Knapper Entscheid: Motion wird überwiesen

Die Motion spreche ein «gefühltes, aber kein reales Problem an», äusserte sich schliesslich Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini zu Wort. «Die Ehe ist eben nicht nur ein Vermehrungsclub, sie ist eine Wirtschaftsgemeinschaft und zwar seit jeher.» Ausserdem gebe es noch mehr Personengruppen, die ohne Erwerb leben und daher die zweite Säule nicht stärken können: Beispielsweise **IV-Rentner**, Menschen, die aus anderen Gründen bei der Fürsorge landen, oder Künstler. Er wehre sich daher, mit der Motion nur eine Personengruppe in punkto finanzieller Vorsorge besserzustellen. «Wer aus irgendwelchen Gründen im Alter nicht fähig ist, mit seinem angesparten Geld den Lebensunterhalt zu bestreiten, wird mit **Ergänzungsleistungen** unterstützt – egal, ob der finanzielle Engpass durch Familienarbeit oder durch andere Gründe entstanden ist.» Kurzum riet der Gesellschaftsminister den Abgeordneten: «Überlegt gut, ob ihr die Motion überweisen wollt – was wir hier anzetteln, kann Fäden ziehen.»

Der Entscheid im Parlament fiel schliesslich knapp aus: 14 Abgeordnete unterstützten die Motion, womit der Ball nun wieder bei der Regierung liegt.